Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr.
Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 6, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die nächstjährige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe unverlangter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt — Niederlössnitz b. Dresden.
für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

N. Salm
(Inh.: Rich. Wiedner)
Special-Fabrik geprägter Siegelmarken
Plauen b. Dr.,
Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1111)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbestempel u. Gravirarbeiten jeder Art.

Marineblaue Cheviots,
absolut lichtfarbig und höchst dauerhafte, solide, elegante Waare, empfiehlt in grösster Auswahl billigst
C. H. Hesse, Marienstrasse 20
(„Drei Raben").

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Englische Herrenhüte,
beste Fabrikate, neueste Façons, grosse Auswahl,
Stück 6–12 Mark.
Robert Kunze, Altmarkt 1 (Rathhaus).
Haus für Herren-Artikel und Herren-Moden.

Kinder und **junge Leute** beiderlei Geschlechts, welche mit **Rückgratsverkrümmung** behaftet sind, finden durch Anwendung meiner von renommirten Specialärzten empfohlenen, gesetzlich geschützten **orthopädischen Corsets** Besserung und in den meisten Fällen sichere Heilung ihres Leidens.
Carl Wendschuch,
Kgl. Sächs. Hoflieferant.
8 Trompeterstrasse 8.

Nr. 37. Spiegel: Unaufgeklärte Börsenmanöver, Portugiesischer Staatsbankerott, Mackenzie †. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Notariats-Ordnung, Stadtverordnetensitzung, Ausstellung für das Rothe Kreuz, Circus Herzog, Gerichtsverhandlungen. | **Sonnabend, 6. Februar.**

Politisches.

Im österreichischen Reichsrath ist die skandalöse Börsen-Affaire vom 14. November wieder aufgenommen worden, nachdem auf anderem Wege eine Ahndung des seitens gewissenloser Börsenmänner vollbrachten Verbrechens nicht eingetreten war. Der antisemitische Abgeordnete Lueger brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, der seine Ursache in dem Umstande fand, daß nach glaubhaften Mittheilungen sowohl die von der Wiener Börsenkammer wie die von dem Landgericht verhängte Untersuchung resultatlos verlaufen sei. Dieser Antrag weist zugleich offen darauf hin, daß seinerzeit die aufregenden Nachrichten über Aeußerungen des Kaisers Franz Joseph nur von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses kolportirt worden sein können und daß die Rücksicht auf die eigene Ehre die Mitglieder desselben zu schärfstem Vorgehen zwinge. Lueger verlangte somit von der Regierung die Vorlegung der Akten, und erfreulicherweise nahm der Reichsrath diesen Antrag einstimmig an. Ob hiermit die Sicherheit geschaffen worden ist, daß nunmehr eine unparteiische Untersuchung die skandalösen Vorgänge aufhellt, bleibt abzuwarten; immerhin ist es nicht ohne Interesse, die Macht geheimer Einflüsse in einer Angelegenheit zu beobachten, die fast alles bisher auf dem Gebiete des Börsenschwindels Dagewesene in den Schatten stellt — und das will Viel sagen!

So kurz das Gedächtniß unserer Tage und so heiß das Bemühen des größten Theiles der Presse ist, unsaubere Affairen aus Börsenkreisen in das Dunkel des Schweigens zu bannen, so dürfte doch der Eindruck, welchen der Wiener November-Raubzug verursachte, noch nicht verwunden sein. Fast gleichzeitig mit den fürchterlichen Gaunereien, durch welche die Sommerfeld und Genossen Hunderte von Vertrauensseligen ihrer Habe beraubten, hatte die Wiener Börse die Gelegenheit ergriffen, Lorbeeren gleicher Qualität zu sammeln. Man regt sich jetzt mit vollem Recht über die Unteroffiziere Kujan und Genossen auf, die Wiener und Pariser Gauner, die denn doch ihre Opfer mindest in gleich gemeiner Weise „kujanirten", wurden von vornherein mit Glacéhandschuhen angefaßt und während Jene ihre verdienten Strafen in Gefängnissen und Zuchthäusern abbüßen, fahren die Millionenräuber auf Gummirädern durch den Prater und lachen in den chambres séparées bei Sacher über die dummen Gojim, die sich von den Kujans der Börse „schälen" lassen. Es kam ja allerdings zu „Untersuchungen", aber es ist und bleibt merkwürdig, daß bei solchen Untersuchungen nie etwas herauskommt. Man kommt dabei leicht zu der Vermuthung, daß dieselben nur angestellt werden, um dem Publikum Sand in die Augen zu streuen, bis über die Dinge Gras gewachsen ist. Das scheint aber in dem vorliegenden Falle um so bedenklicher, als einerseits der angeklagte Redakteur, der die aufregende Nachricht in die Oeffentlichkeit brachte, die entsprechende Mittheilung auf Mitglieder des österreichischen Reichsrathes zurückführte, unter denen namentlich ein Herr Rosenstock seinerzeit genannt wurde, als andererseits, wie man zu sagen pflegt, die Spatzen auf den Wiener Dächern die Namen der Schuldigen pfiffen und die Marktweiber auf dem Naschmarkt sich dieselben fluchend zuschrieen. Ganz besonders komplizirt wird die Sache noch dadurch, daß erwiesenermaßen ein Komplott großen Stiles vorlag, daß weit ausgreifende Börsenspekulationen à la baisse bereits Tags zuvor sowohl in Wien, wie in Paris und, wie man munkelte, auch in Berlin eingeleitet worden waren. Ob der betreffende Redakteur also in gutem Glauben handelte und freizusprechen war, das ist bei der ganzen Sache gleichgiltig; die Hintermänner, die Goldfischer, sollten gefaßt werden, und das scheint leider unmöglich zu sein. Graf Taaffe ist ohne Zweifel ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle; aber sollte er nicht bisweilen das Gefühl haben, daß in Oesterreich an seiner Seite eine Nebenregierung besteht, die ihre Häupter unter den Geldgewaltigen besitzt, deren Ahnen einst im fernen Egypten Ziegelsteine strichen?

Man muß sich bisweilen wundern, daß bei all' den großen und kleinen Raubzügen, welche gegen das Publikum ausgeführt werden, noch immer in den Händen des produzirenden Volkstheiles hinreichende Mittel bleiben, um weiterarbeiten zu können. Es ist dies ein Zeichen gewaltiger Thatkraft; wollte man die Millionen addiren, die im Laufe der Zeiten aus den Taschen gezogen werden, so würde man nur volle Bewunderung für dieselbe hegen können. Jetzt scheint es nun einmal, zur Abwechselung, als wenn der mühsam aufgehaltene Staatsbankerott Portugals dazu dienen soll, die Börsen des kleinen Kapitalisten um ihre Ersparnisse zu erleichtern. Man hat diesen Bankerott immer und immer wieder aufzuhalten gesucht, bis die Emissionsbanken sich so ziemlich ihrer Rechte entledigen konnten; jetzt wird schwerlich Etwas mehr helfen und selbst Maßregeln wie die Besteuerung der portugiesischen Beamten um 20 Prozent ihres Einkommens und der Verzicht des Königs auf ein Fünftel seiner Civilliste werden den Gang des Verderbens nicht hemmen. Hierauf wies schon der Umstand, daß am 1. Januar die vom Staate garantirten Zinsen der portugiesischen Eisenbahngesellschaft nicht mehr bezahlt wurden. Hierauf weist ferner ein in der Kammer eingebrachter Gesetzentwurf, wonach ohne Weiteres die inländische Schuld mit 30 Prozent besteuert werden soll und die ausländische Schuld, Zins oder Kapital, ebensoviel bluten soll. Eine ganze Masse portugiesischer Papiere steckt in Deutschland, und der Vorwurf, der gewissen deutschen Banken gemacht werden muß, liegt darin, daß sie, wie seiner Zeit in Argentinien, in der Sucht, Geld zu schlucken, dem deutschen Publikum Werthe an den Hals hingen, deren Zweifelhaftigkeit sie ganz genau kennen mußten. Die jandten, haben sich längst klüglich zurückgezogen; auf das abgegraste Feld führten die deutschen Geldmänner die heimischen Schaaren. In welcher Weise aber die Felder schon abgegrast waren, das zeigt sich daraus, daß sich in sechs Jahren das Defizit des portugiesischen Staatshaushalts auf 200 Millionen Mark stellte, daß das Land, welches überhaupt nur 4½ Millionen Einwohner zählt, über eine Schuldsumme von 2¼ Milliarde verfügt, sodaß auf jedes Haupt ein Minus von 500 Mark zu rechnen ist. Und dabei betragen die Staatseinnahmen jährlich nur das Doppelte der hierdurch bedingten Zinsenlast! Daß jetzt der Gedanke, die Kolonieen zu verkloppen, in Portugal etwas bessere Stimmung findet, als bisher, ist nicht erstaunlich; wohl aber bleibt es zweifelhaft, ob irgend ein europäischer Staat das nöthige Kleingeld zu bezahlen bereit wäre, mit dem das große Loch zugestopft werden könnte. Bedenklich bleibt andererseits für Portugal die politische Folge des finanziellen Zusammenbruchs. Den Stoß, den der nationale Stolz durch den Verkauf des Kolonialbesitzes erlitte, die Mißstimmung und Noth, die durch die Lähmung von Handel und Wandel herbeigeführt werden, werden sicherlich den zahlreichen Republikanern im Lande Gelegenheit bieten, ihre Heerschaaren zu sammeln und die Verlegenheiten der Regierung auszunützen. Es ist noch erinnerlich, welche Mühe es schon kostete, das Uebergreifen der brasilianischen Revolution nach Portugal zu verhindern.

Eine Nachricht ist aus England herübergelangt, die zwar keineswegs in die heutige Politik eingreift, wohl aber geeignet ist, politische Erinnerungen aus einer nicht fernen Vergangenheit lebendig vor Augen zu führen. Sir Morell Mackenzie, der vielgenannte Arzt des unglücklichen Kaisers Friedrich, ist der Influenza erlegen. Er ist es gewesen, auf dessen Rath und Betreiben im Jahre 1887 jene Operation an dem kranken Fürsten unterblieb, die von den deutschen Aerzten als das einzige Mittel zu einer, wenn auch nicht sicheren, so doch wahrscheinlichen Rettung angegeben worden war. Man wird noch des Eindrucks gedenken, den der erbitterte Streit hervorrief, der zwischen den Aerzten am Todtenbette des zweiten deutschen Kaisers geführt wurde, man wird sich der Heftigkeit entsinnen, mit der sich damals Größen der Wissenschaft die schwersten Vorwürfe in's Gesicht schleuderten, man wird sich aber auch vergegenwärtigen müssen, daß damals fast das ganze deutsche Volk, instinktmäßig oder überzeugt, gegen den fremden Arzt Partei nahm, der in seinen später veröffentlichten Schriften seine Selbstvertheidigung jedenfalls so unglücklich führte, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe nicht entkräftet wurden. Die Frage, wie es gekommen wäre, wenn der unweise Mann, der jetzt im Alter von 55 Jahren dem kaiserlichen Dulder in's Grab folgte, drüben in England geblieben wäre, mag sich Mancher heute vorlegen; sie beantworten zu wollen, hieße in die Hand der Vorsehung eingreifen. — Lu.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Februar.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Etats des Reichsjustizamts wird fortgesetzt. — Abg. Dr. v. Bahr (freis.) begründet die von ihm eingebrachte Resolution, die verbündeten Regierungen zur Vorlegung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Auslieferung von verurtheilten und angeschuldigten Personen an auswärtige Regierungen, aufzufordern, in welchem 1) die Auslieferung in Ansehung sowohl der Bewilligung der einzelnen Auslieferung wie der Abschließung von Auslieferungsverträgen der ausschließlichen Zuständigkeit des Reichs unterwerfen; 2) die Bewilligung der einzelnen Auslieferungen von der Mitwirkung der Gerichtshöfe abhängig gemacht wird, 3) die Regierungen verpflichtet werden, die Aufhebung der von ihnen mit auswärtigen Regierungen abgeschlossenen besonderen Auslieferungsverträge herbeizuführen, unbeschadet jedoch derjenigen etwa bestehenden Verträge und vertragsmäßigen Bestimmungen, welche die Rechtshilfe im Grenzbezirke bezüglich des Feld-, Forst- und Jagdfrevels betr. — Staatssekretär Dr. Pontz konstatirt, daß weder beim Reichsjustizamt noch beim auswärtigen Amte bisher Wünsche oder Anregungen zu einer anderweiten Regulirung dieser Materie gelangt seien. Das lasse doch darauf schließen, daß ein Bedürfniß hierzu im Allgemeinen nicht anerkannt werde. Die Verfassungs-Verhältnisse der Vereinigten Staaten und der Schweiz, auf deren Auslieferungsgesetzgebung der Antragsteller exemplificirte, seien ganz andere, wie die des Deutschen Reiches. Das Reich behalte sich die allgemeine Regelung und die Oberaufsicht vor und überlasse die Ausführung den Einzelstaaten. Es liege kein Anlaß vor, an dieser Praxis etwas zu ändern. — Abg. Dr. Hartmann (kons.) schließt sich dem vollständig an. (Zuruf des Abg. Liebel „Selbstverständlich!") Der jetzige Zustand sei viel zweckmäßiger als der, welcher durch den Antrag geschaffen werden soll. Er empfehle deshalb Ablehnung der Resolution. — Abg. Gröber (Centr.): In der beantragten Mitwirkung der Gerichte würde er eine Entlastung der politischen Verantwortlichkeit des Reiches erblicken, im Uebrigen könne er der Resolution nicht zustimmen. Dieselbe würde eine Abänderung der Verfassung bedingen, die er nicht für zweckmäßig erachten könne. Auf diese Weise konnte man die Rechte der Einzelstaaten mit einem Federstrich beseitigen. — Freiherr v. Gültlingen (Rp.) vermag für die beantragte Regelung ein Bedürfniß nicht anzuerkennen, wie überhaupt zu weiterem unitarischen Vorgehen die Verhältnisse nicht angethan seien. Die Einzelstaaten seien sich ihrer Pflichten gegenüber dem Reiche voll bewußt und man könne ihnen vertrauen, daß sie nicht Auslieferungsverträge abschließen werden, die dem Interesse des Reiches zuwider seien. — Abg. v. Sahr (freis.): Heute gingen ja die Dinge ruhig vor sich, aber es könnten Zeiten kommen, in denen eine Ausweisung großes Aufsehen mache und politische Weiterungen veranlasse. Vom Standpunkt der Wissenschaft aus betrachtet, bestehe allerdings ein Bedürfniß für eine Aenderung der Gesetzgebung auf diesem Gebiet. Von einem ungeheuren Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten könne keine Rede sein. — Abg. Bebel (soz.): Die Abschließung von Auslieferungsverträgen müsse Sache des Reiches sein, wenn nicht unhaltbare Zustände eintreten sollen. Wenn der von Bismarck mit Rußland abgeschlossene Auslieferungsvertrag dem Reichstag vorgelegt worden wäre, so würde hier Niemand die Kompetenz des Reiches bezweifelt haben. Der Vertrag wurde aber dem Reichstag nicht vorgelegt, weil er hier unannehmbar gewesen wäre, denn er enthalte ganz unerhörte, geradezu barbarische Bestimmungen. — Abg. Dr. Meyer (freis.): In prinzipieller Weise sei die Grenze zwischen der Macht des Reiches und den Partikularstaaten vorläufig unverrückbar festgesetzt. Aber die Bedürfnisse des praktischen Lebens hätten doch zu einer thatsächlichen Hinausschiebung der Grenzsteine geführt. Die Rechte und das Centrum hätten Reichsversicherungsamtes, bei der Aufgabe des süddeutschen Schnapsreservats ꝛc. Praktisch sei es jedenfalls, daß, wenn wir dem Auslande gegenübertreten, wir das als großes einheitliches Reich thun. Mit dem Antrage solle dem Partikularismus nichts zu Lieb und nichts zu Leid gethan werden (Beifall). — Abg. Dr. Oun (nl.) erklärt mit einem großen Theil seiner politischen Freunde der Resolution sympathisch gegenüberstehen, beantragt aber bei der Schwierigkeit der Materie die Vorberathung in einer Kommission. — Abg. Dr. Hartmann (kons.) vertritt der Kommissionsberathung nicht zuzustimmen, da die Mehrheit des Hauses gegen die Tendenz des Antrags sei. Wäre es richtig, was Dr. Meyer ausführte, daß jeder Einzelstaat einen Reichsangehörigen an Rußland ausliefern könnte, so bestände allerdings ein Bedürfniß für den Antrag. Aber jene Voraussetzung bestehe nicht. — Abg. Dr. Meyer erklärt, daß das nur ein Lapsus linguae war. Bei der Abstimmung über den Antrag auf Kommissionsverweisung ergiebt sich Beschlußunfähigkeit. — Morgen Etat.

Berlin. Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich heute eingehend mit dem Erlasse des Prinz Georg von Sachsen, betr. Schießemühhandlung. Der sächsische Militärbevollmächtigte v. Schlieben bestätigte, daß der Erlaß ergangen sei. Se. Königl. Hoheit Prinz Georg verurtheile die Fälle von Rohheit, wie sie sich gezeigt, auf das Entschiedenste. Man müsse aber berücksichtigen, daß sich die Ereignisse auf mehrere Jahre erstrecken und daß es ein Armeekorps von sehr bedeutender Stärke sei, um das es sich handele. — Abg. Fritzen (Centr.) wünschte dem Erlasse die höchste Anerkennung und forderte größere Oeffentlichkeit für das Militärstrafverfahren. — Abg. Singer (soz.) macht für die Mißstände die Offiziere verantwortlich. Die Unteroffiziere kämen erst in zweiter Linie. Wenn die Dinge so auswachsen könnten, wie in Sachsen, so sei vor Allem das mangelhafte Beschwerdeverfahren daran schuld. — Abg. v. Frege (kons.) konstatirt, daß alle Parteien einig sind in der Anerkennung des Erlasses und in der Verwerfung seiner Ursachen. Man müsse derartige Vorkommnisse ganz energisch bekämpfen, das sei Cursopflicht aller Parteien. Freilich die Gründe der Erscheinung liegen tiefer. Die Rohheit und Verwilderung der Jugend, die in das Heer eintritt, ist nur zu stark. Ueberall nehmen die Verbrechen zu. Die mangelnde Gewissenhaftigkeit und die geringe Religiosität weiter Kreise zeitigten Zustände, die zwar allen Kulturstaaten gemein, aber trotzdem zur erleichterten Remedur auffordern. — Abg. Richter (freis.): Eine Aenderung der Verhältnisse werde nur eintreten, wenn man die Erziehung der Unteroffiziere ändere, das Beschwerdeverfahren anders gestalte und das Militärstrafverfahren auf moderner Grundlage aufbaue. — Auch Abg. Dr. Buhl (nl.) verlangt eine Aenderung des Militärstrafgesetzes im Sinne der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens. — Der Vertreter der Militärverwaltung, General v. Goßler, tritt sehr energisch gegen die Mißbräuche auf. Dieser Abgrund müsse unter allen Umständen und mit allen Mitteln geschlossen werden. Im gleichen Sinne äußerte sich der bayrische Militärbevollmächtigte Generalmajor v. Hangk. — Eine von Richter und Buhl gemeinsam eingebrachte Resolution lautet: Die Einführung der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens und die Grundsätze der Ständigkeit der Gerichte erscheine bei der in Aussicht genommenen Reform der Militärgerichtsverfassung und der Militärstrafprozeßordnung insbesondere dringend erforderlich im Interesse der größeren Sicherstellung einer angemessenen Behandlung der Soldaten durch die Vorgesetzten. Abg. Richter beantragt weiter, die Bestimmungen über das Beschwerderecht namentlich in der Richtung der Erleichterung des Beschwerdeweges einer Revision zu unterziehen. Dagegen beantragen Konservative und Centrum folgende Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, 1) die Militärstrafprozeßordnung baldigst einer Reform namentlich in der Richtung einer größeren Oeffentlichkeit des Verfahrens zu unterwerfen und 2) die Bestimmungen über das Beschwerderecht der Militärpersonen, namentlich in der Richtung einer Erleichterung dieses Beschwerderechts, einer Revision zu unterziehen, 3) auf die Pflege des religiösen Sinnes unter den Angehörigen des Heeres, sowie im gesammten Volksleben und besonders bei der Erziehung der Jugend thunlichst hinzuwirken. Der Antrag Richter-Buhl ward mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt, der Antrag der Konservativen und des Centrums mit 16 gegen 10 Stimmen angenommen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus genehmigte beim Etat des Auswärtigen eine Gehaltserhöhung für den Gesandten in Stuttgart, aber mit dem Zusatz „künftig wegfallen", weil, wie der Kommissionsbericht anführte, eine Mehrbewilligung für den Gesandten in Stuttgart auch für die Gesandten in Dresden, Karlsruhe und Hamburg eine Mehrbewilligung im Gefolge haben würde. Regierungsseitig wurde erklärt, daß von Dresden, Karlsruhe und Hamburg das Bedürfniß für eine Mehrbewilligung nicht geltend gemacht worden sei.

Berlin. Der Kaiser verlieh dem italienischen Ministerpräsidenten Rudini den Schwarzen Adler-Orden.

Leipzig. Die Nachricht vom Tode des früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Götz-Lindenau ist unrichtig. Dr. Götz hat sich eine Blutvergiftung zugezogen, für sein Leben besteht jedoch keine Gefahr.

London. Lady Mackenzie empfing anläßlich des Todes ihres Gatten ein in den Ausdrücken tiefster Theilnahme begleitetes Telegramm der Kaiserin Friedrich.

Die **Berliner Börse** verlief matt auf Wiener Abgabe auf Gerüchte, wonach der Walzwerkverband eine Preisherabsetzung um 15 Mk. beschlossen hat, auf die Pariser Vorgänge bei der dortigen Depositenbank und auf die Haltung der Londoner Börse. Am meisten waren Kreditaktien und Diskontokommandit, sowie Bergwerke angegriffen. Eisenbahnen ruhig aber gleichfalls schwach, fremde Renten setzten zwar auch schwächer ein, konnten sich aber später etwas erholen. Im Kassaverkehr im Allgemeinen eine schwächere Tendenz. Bergwerke matt. Die neuen Anleihen wurden 20 Pfg. über dem Emissionskurs gehandelt. Privatdiskont 1⅛ Proz. Nachbörse befestigt. — **Wetter:** früh starker Schneefall, Nachmittags Regen, Westwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 265,60, Staatsb. 257,25, Lomb. 81,50, Galizier —,—, Egypter —,—, 4proz. Ung. Goldr. 93,30, Disconto 182,10, Dresdn. Bk 134,50 Laura —,—, Gelsenkirchen —,—. Behauptet.

Wien. (Abends.) Credit 369,50, Staatsbahn 293,60, Lombarden 91,75, Nordwest 213,75, Marknoten 57,87, Ung. Credit 342,50. Schwächer.

Paris. (Schluß). Rente 95,55, Anleihe 105,05, Italiener 90,62, Staatsbahn 636,25, Lombarden 229,00, do. Prioritäten —, Spanier 62⅞, Egypter 479,37, Ottomanen 536,00 Rio-Tinto 497,00 Behauptet.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 25,10, per März-Juni 26,00, fest. Spiritus per Februar 47,00, per Mai-August 45,25, ruhig. Rüböl per Februar 54,50, per Mai-August 56,25, steigend.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 232, per Mai 238, Roggen per März 207, per Mai 211.

London (Produktenbörse). Getreidemarkt absolut geschäftslos. Englischer Weizen ½ bis 1 Sh niedriger, fremder eher fester, jedoch ½ Sh unter dem Montagspreise. Mehl ½ bis ½ Sh niedriger. Uebriges trägest, fast nominell. Angekommener und schwimmender Weizen ⅛ bis ¼ Sh. mehr als

Pfund's Gereinigte (technische) **Kindermilch.** Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 41 42